57. Jahrgang. № 205. Sonntag, 27. Juli 1913.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugs-Gebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 M., durch auswärtige Kommissionäre bis 3,50 M. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 M. (ohne Bestellgeld). Ausland: Oesterreich-Ungarn 5,45 Kr., Schweiz 5,65 Frks., Italien 7,17 Lire. — Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werd. nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags aus Marienstraße 38 von 11 bis 1 Uhr. Die einspaltige Zeile (etwa 8 Silben) 30 Pf., die zweispaltige Zeile auf Textseite 50 Pf., die zweispalt. Reklamezeile 1,50 M., Familien-Nachrichten aus Dresden die einspalt. Zeile 25 Pf. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen erhöhter Tarif. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Für Feinschmecker: Lobeck's Marke: Dreiring. Fondant-Chocolade, Rahm-Chocolade, Bitter-Chocolade per Tafel 50 ₰; Cacao per ½ Kg. Dose 2,40 M.; Dessert per Carton 2, 3 u. 4 M.

Die bestgepflegten Biere in der Stadt die Bären-Schänke hat.

Lampen aller Art
Böhme & Hennen
Viktoriastraße 9. Telephon 4837.

Photo-Apparate
in allen Preislagen.
Ausführlicher Einzelunterricht kostenlos.
Carl Plaul, Königl. u. Prinzl. Hofl. Wallstr. 25.

Laferme-Jubiläum-Kenner-Vielliebchen-Cigaretten.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Oestliche Winde, allmählich aufklärend, wärmer, Abnahme der Niederschläge.

Das Luftschiff „Sachsen" tritt Sonntag früh in Leipzig, wahrscheinlich über Dresden, seine Fahrt nach Zittau an.

Der Kaiser wird sich Anfang August nach Homburg v. d. H. begeben und dort bis zum 26. August verweilen.

Gestern Sonnabend flog der Zeppelin-Luftkreuzer „Viktoria Luise" von Potsdam nach Frankfurt a. M., wo er zunächst stationiert bleibt.

Das Verfahren gegen Unbekannt wegen unbefugter Veröffentlichung der elsaß-lothringischen Ausnahmegesetze wurde eingestellt.

Kaiser Franz Joseph hat Anordnungen zur Fortführung der Verwaltung im Königreich Böhmen erlassen.

Die Verluste der Griechen an Toten und Verwundeten betrugen bis Mitte Juli 17000 Mann.

Der Großwesir teilte nach Sofia mit, daß die Rückbeorderung der türkischen Truppen aus Alt-Bulgarien angeordnet sei.

Die Bukarester Friedenskonferenz ist als gesichert zu betrachten.

Auf dem Karlsbader 24. Internationalen Bergarbeiterkongreß gelangte der Antrag England, betreffend die Notwendigkeit der Verstaatlichung des Grund und Bodens, der Bergwerke und der Eisenbahnen, zur Annahme.

Der Expreßzug Kopenhagen—Esbjerg ist gestern nachmittag bei Bramminge entgleist. 16 Personen sind tot.

Liberalismus und Industrie.

Die Frage, nach welcher politischen Richtung die in der Gegenwart zu so beherrschender Bedeutung gelangte Industrie engere Fühlung nehmen soll, um ihre Lebensinteressen am sichersten gewahrt zu sehen, gewinnt in dem Maße an Bedeutung, wie die bisherige traditionelle liberalisierende Haltung der führenden industriellen Kreise wegen der starken Linksentwicklung des Liberalismus zu begründeten Bedenken und Ausstellungen Anlaß gibt. Seit der Gründung des Reiches und des damit verbundenen parteipolitischen Werdeprozesses hat der Liberalismus als solcher, insonderheit aber die nationalliberale Partei, für sich den Anspruch erhoben, als vornehmlich vom modernen Geiste erfüllte Behüterin der Wohlfahrt von Handel und Industrie zu gelten. Psychologisch war das auch damit begründet, daß das Erwachen und die Erstarkung des nationalen Empfindens zeitlich mit dem Wachsen der Bedeutung von Handel und Industrie zusammenfiel. Aus dieser in solcher Verbindung gewissermaßen selbstverständlich erscheinenden Zusammengehörigkeit hat die nationalliberale Partei Jahrzehnte lang reichlichen Gewinn gezogen. Für jeden aber, der gewohnt ist, den Blick von der Oberfläche weg in die Tiefe der Erscheinungen zu richten, ist ein in diesem Verhältnis allmählich eingetretener Wandel unverkennbar. Von erheblichem Einflusse war hier namentlich das Einsetzen der sozialen Gesetzgebung und die in alle Poren unseres öffentlichen Lebens eindringende Agitation der Sozialdemokratie.

Die soziale Gesetzgebung, um die uns alle gesitteten Nationen der Welt beneiden können, in Deutschland angebahnt zu haben, ist und bleibt das unvergeßliche Verdienst Kaiser Wilhelms I. und des Fürsten Bismarck. So sehr aber auch unsere Sozialpolitik als Einlösung einer hohen sittlichen Verpflichtung ein mächtiger nationaler Ehrentitel für uns ist, ebenso zweifellos muß auch ihre stürmische und sprunghafte Fortbildung, die unsere Industrie bis zur ernstlichen Erschwerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkte immer mehr belastet und in Atem erhält, als eine Gefährdung unseres gesamten Wirtschaftslebens empfunden werden. Das überhastete Tempo unserer sozialpolitischen Fortbildung ist denn auch schon seit langem der Gegenstand ernster Erwägungen aller politisch Weiterblickenden geworden. Die hieraus abgeleitete Erkenntnis hat auch auf die Kreise unserer Industrie abgefärbt und dort vielfach die Einsicht gezeitigt, daß die bisherige Konvenienzehe zwischen Industrie und Liberalismus keineswegs lauter Gutes für die industriellen Interessen verspricht. Soweit insbesondere die Sozialpolitik in Betracht kommt, handelt der Liberalismus gegen den Vorteil der Industrie, weil er aus falsch verstandenem parteipolitischen Selbsterhaltungstrieb, aus nackter Mandatsfurcht den unablässig gesteigerten Anforderungen der an der Sozialgesetzgebung in erster Linie materiell interessierten Arbeiterschaft nahezu schrankenlos entgegenkommt, ohne zu bedenken, daß keine bürgerliche Partei auf die Dauer mit der Sozialdemokratie in dem Aufstellen radikaler Forderungen wetteifern kann, sondern stets am Ende die parteipolitischen Kosten an die Sozialdemokratie bezahlen muß.

Die so allmählich begründete Zwiespältigkeit zwischen Liberalismus und Industrie zeigt sich äußerlich in dem Verhältnis der großen industriellen Organisationen zu der nationalliberalen Partei. Diese Organisationen haben in letzter Zeit wiederholt gegen die Haltung der nationalliberalen Partei Stellung nehmen müssen, weil dadurch wesentliche industrielle Interessen bedroht wurden. Sehr scharf trat dieser Gegensatz beispielsweise bei Gelegenheit der Erörterungen über die brennende Frage des Schutzes der Arbeitswilligen hervor. Die Nationalliberalen versagten dabei völlig im Punkte des von der Industrie gewünschten Verbotes des Streikpostenstehens, und auch sonst haben sie es mehrfach da, wo es sich um den der Industrie so überaus notwendigen Autoritätsschutz gegenüber der Umsturzpartei handelte, an der gebotenen klaren Entschiedenheit fehlen lassen. Es darf daher nicht wundernehmen, wenn manche Industrielle, die sich äußerlich noch als liberal geben, unter vier Augen sich ungeschminkt im antiliberalen Sinne äußern; ja, die rheinische Schwerindustrie hat sogar mit einem eventuellen Rechtsabmarsch im Falle der weiteren Radikalisierung des gemäßigten Liberalismus offen gedroht.

Einen neuerlichen Beweis für die hier gekennzeichnete Gegensätzlichkeit zwischen Industrie und Liberalismus gibt der bereits an anderer Stelle im Auszuge erwähnte Artikel der „Sächsischen Industrie", des Organs des Verbandes Sächsischer Industrieller, der das Verhalten des Liberalismus in Sachen der jüngsten Steuervorlagen wie folgt unter die kritische Lupe nimmt:

„Die Art und Weise, in welcher die Ausgaben für die notwendige Heeresvermehrung nach den Beschlüssen des Reichstages und Bundesrates nunmehr aufgebracht werden sollen, dürfte nirgends ein Gefühl der Befriedigung auslösen. Wie stark die Bedenken selbst innerhalb derjenigen Fraktionen gewesen sind, welche dieses Steuerkompromiß geschaffen haben, zeigt die Erklärung des Abgeordneten Bassermann, wonach für einen bedeutenden Teil der Fraktion nur die Rücksicht auf die parlamentarische Lage und politische Gesichtspunkte für ihre Zustimmung zu dem Kompromiß entscheidend gewesen seien. Lediglich diese Erklärung hat, soviel wir wissen, die Einmütigkeit der Fraktion herbeigeführt. Die Erklärung ist aber gleichzeitig ein Beweis dafür, wie stark die Erregung namentlich in industriellen und gewerblichen Kreisen über die jetzt gefaßten Beschlüsse gewesen ist.

Man verstehe uns nicht falsch. Die Industrie hat sich weder gegen die außerordentlichen Lasten gewehrt, welche die Heeresvermehrung mit sich brachte, noch auch in ihrer Mehrheit gegen den Grundsatz, daß die besitzenden Klassen die Mittel hierfür aufzubringen hätten. Die Armee garantiert uns den Frieden, der Frieden garantiert uns die ruhige Entwicklung unserer Volkswirtschaft, die wir brauchen, und diese wieder führt zu der notwendigen Kapitalerhaltung und Kapitalvermehrung. Nur ist die Form, in der man die Steuern auf den Besitz verteilt hat, eine solche, daß sie mit Recht Widerspruch hervorrufen muß.

Der Grundgedanke des Wehrbeitrages mit einer einmaligen Erhebung eines bestimmten Prozentsatzes war gerechtfertigt. Vielleicht hätte man sich auch eine gewisse Progression gefallen lassen. Das Uebermaß der Staffelung muß aber als ein bedenkliches Hinneigen zu einer gewissen Art von Sozialismus zurückgewiesen werden. Wir glauben allerdings, daß an der jetzigen Gestaltung des Wehrbeitrages die Parteien weniger Schuld tragen als die Regierung. Die Parteien sind von den Strömungen der großen Mengen abhängig und müssen die hieraus entstehenden politischen Gesichtspunkte gelten lassen. Ein deutsches Oberhaus, das gewissermaßen retardierend in bezug auf die doch unzweifelhaft fortschreitende Demokratisierung der öffentlichen Meinung wirken könnte, haben wir nicht. Dem Reichstag mit dem freiesten Wahlrecht der Welt steht keine parlamentarische Körperschaft gegenüber, in der etwa diejenigen gewichtigen Stände zum Ausdruck kämen, auf denen die deutsche Volkswirtschaft beruht. Unter diesen Umständen ist, wie eine Kundgebung des Bundes der Industriellen mit vollem Recht betonte, der Bundesrat die gegebene Instanz, welche einen Riegel vorzuschieben hätte, wenn die Beschlüsse des Reichstages zu weit gehen. Der Bundesrat aber hat versagt, obwohl ihm sogar von den Parteien nahegelegt worden war, dasjenige zu tun, was die Parteien mit Rücksicht auf die Oeffentlichkeit nur schwer tun konnten, nämlich sein Veto einzulegen gegen derartige Beschlüsse. Die Regierung verschwand überhaupt aus der Debatte ganz. Dem Kanzler werden Lorbeerkränze gewunden; tatsächlich hat er aber nur das entgegengenommen, was ihm entgegengebracht wurde, ohne daß die Initiative oder die Durchführung der Gesetze in irgendeiner Phase der Verhandlungen in seiner Hand gelegen hätte. Das Vertrauen der Industrie dazu, daß sie in dem Bundesrat einen Damm gegen zu weitgehende Beschlüsse des Reichstages besäße, ist nach dem Versagen des Bundesrates bei diesen Verhandlungen völlig erschüttert.

Ebenso bedenklich ist die Annahme des Prinzips der Reichsvermögens-Zuwachssteuer, gegen die wir unsern grundsätzlichen gegnerischen Standpunkt schon früher zum Ausdruck gebracht haben. Wir glauben, daß bis weit in konservativ denkende Kreise hinein es diesmal durchaus begrüßt worden wäre, wenn man die Erbanfallsteuer zum Kern der dauernden Ausgabendeckung gemacht und sie als selbständige Steuer gestaltet hätte. Die Schuld, daß es hierzu nicht gekommen ist und daß wir an Stelle einer im Leben eines Menschen wohl nur einmal oder zweimal zu tragenden Besteuerung jetzt eine dauernde Vermögenszuwachssteuer mit ihren großen steuerpolitischen und ethischen Bedenken haben, liegt bei den extremen Parteien von links und von rechts. Die liberalen Parteien haben gezögert, die Erbanfallsteuer in der Budgetkommission einzubringen, weil sie damit rechnen mußten, daß in diesem Falle Zentrum und Konservative sich bei den Einzelbeschlüssen über die Erbanfallsteuer der Stimme enthalten würden. Dann aber stand bei der Einzelausgestaltung der Steuer eine liberale Minderheit einer sozialdemokratischen Mehrheit gegenüber, und diese sozialdemokratische Mehrheit der Kommission hätte naturgemäß in den Prozentsätzen der Erbschaftssteuer diese derartig gestaffelt und in die Höhe getrieben, daß sie auch für den Liberalismus unannehmbar geworden wäre ....

Ob es übrigens zur tatsächlichen Einführung der Vermögenszuwachssteuer kommen wird, steht dahin. Denn wenn nach den sieben fetten Jahren, die wir gehabt haben, etwa sieben magere Jahre kommen, wird die Vermögenszuwachssteuer das nicht bringen, was man von ihr erwartet. Es könnten die Zeiten kommen, wo sich jene Korrespondenz zwischen der Steuerbehörde und dem Bankdirektor wiederholt, bei der die Steuerbehörde dem Steuerpflichtigen schreibt: „Wir vermissen den Gewinn aus Konjunkturgeschäften", und der Steuerpflichtige erwidert: „Ich leider auch". Tritt dieser Fall ein, so wird der Weg für eine selbständige Erbanfallsteuer vielleicht doch noch frei und der Gedanke einer eigenen Reichsbesitzsteuer in besserer Weise gelöst werden, als es derzeit der Fall ist.

Wir wollen anderseits nicht unerwähnt lassen, daß man sich bemüht hat, nach manchen Richtungen, z. B. in der Aufhebung der Scheckteuer, in Ermäßigung von Stempelgebühren, in der Aufgabe des Gedankens der fictiven Vermögenswerte berechtigten Wünschen der Industrie entgegenzukommen. Insgesamt aber ist das jetzige Ergebnis ein unerfreuliches. Es wäre nur falsch, wenn die Industrie daraus die Folgerung ziehen würde, sich von der Politik und den politischen Parteien noch mehr als bisher zurückzuziehen. Wären die in ihr leitenden Persönlichkeiten in höherem Maße politisch tätig, als es der Fall ist, wobei wir nicht nur an parlamentarische Tätigkeit, sondern auch an das Mitwirken in der Organisation und an die Förderung der ihnen nahestehenden Parteien denken, dann würde ihr Einfluß in höherem Maße geltend gemacht werden können und sie nicht das bittere Gefühl haben müssen, so oft in ihren wichtigsten Interessen nicht genügend berücksichtigt zu sein, als es bei der jetzigen Regelung der Reichsfinanzen der Fall war."

Das sind gewiß sehr klare und überzeugende kritische Ausstellungen, die sachlich für sich selbst sprechen. Eine reine Freude kann indessen der unabhängige nationale Politiker daran doch nicht haben, weil schließlich nicht die allein richtige Folgerung gezogen wird, daß unter solchen Umständen die Industrie parteipolitisch anderweitigen ihren Interessen besser entsprechenden Anschluß suchen müsse, sondern weil vielmehr das Ganze auf eine schwächliche Entschuldigung des Liberalismus hinausläuft. Dabei versteigt sich das industrielle Organ zu der unglaublichen Leistung, daß es den — Bundesrat zum Sündenbock für die liberalen Verfehlungen macht. Die liberalen Parteien, so heißt es, hätten ihr Veto gegen die beanstandeten industriefeindlichen Beschlüsse des Reichstages „nur schwer" einlegen können, und zwar „aus Rücksicht auf die Oeffentlichkeit". Der Bundesrat aber hätte die verd..... Pflicht gehabt, die liberalen Parteien, die vor blasser Mandatsfurcht schlotterten und vor lauter Byzantinismus nach unten hin, vor Angst vor den radikalen Wählermassen nichts Entscheidendes zu tun wagten, seinerseits „herauszuwerfen". Da hört denn doch, wie man im täglichen Leben sagt, der Bindfaden auf! Diese Entschuldigung des Liberalismus durch krampfhaftes Hineinzerren des Bundesrats in die Sache ist genau so lahm, wie die andere, die besagt, die liberalen Parteien hätten mit der Einbringung der Erbanfallsteuer gezögert, weil dann Stimmenthaltung des Zentrums und der Konservativen zu